

Haushaltsrede 2024 FWR

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, Liebe Kolleginnen und Kollegen, Liebe Mitglieder der Verwaltung, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer,

Zunächst möchte ich mich im Namen der FWR bei der Verwaltung bedanken, für die Mühe und die mit Sicherheit nicht einfachen Diskussionen und Überstunden, die in diesen Haushaltsplan investiert wurden. Wenn wir uns also heute kritisch mit dem Haushalt auseinandersetzen, was ja bereits geschehen ist, dann gilt die Kritik nicht ihnen, sondern denjenigen, welche die politische und administrative Verantwortung für dieses Kunstwerk tragen. Sie tragen nicht die Schuld, an dem Ausmaß der finanziellen Schieflage! Die Schuld liegt bekanntlich ganz woanders....

Von der Kämmerin wurde uns in ihrer Haushaltsrede ja ein ganzes Potpourri an Gründen für die derzeitige Lage serviert –selbstverschuldet ist die schiefe Haushaltslage natürlich nicht - aber wie uns ja auch noch vom Bürgermeister öffentlichkeitswirksam attestiert wurde, sind sie und ich die eigentlichen Hauptverantwortlichen für das, was die Kämmerin in ihrer Haushaltsrede „Schwere Zeiten“ nannte.

Und selbstkritisch müssen wir zugeben: Welch prallgefülltes Wunschpaket haben wir Fraktionen mit unseren Vorlagen in den letzten Jahren der Verwaltung übergeben. Allein die schwindelerregenden Kosten für die Wiedereinführung eines Kinder- und Jugendtheaters, die millionenschweren Investitionen in einen Calisthenics Park, die hunderttausende von Euro für eine Starkregengefährdungsanalyse oder die irrwitzigen Kosten, die für die Steuerbefreiung von Rettungshunden eingeplant werden müssen. Wir haben

es wahrlich krachen lassen meine Kolleginnen und Kollegen! Und jetzt müssen wir eben die Suppe auslöffeln, die wir uns selbst eingebrockt haben.

Dagegen sind doch all die Magistratsvorlagen nun wahrlich lediglich Peanuts. Die Einführung des Hopper im Juli 2021, der Umbau und Erweiterung des Feuerwehrstützpunktes Ober-Roden sowie die Gesamtmaßnahmen Ortsumbau Urberach Nord und Ortskern Ober Roden im Mai 2022 oder die Prüfung eines Neubaus eines JUZ in Urberach im Oktober 2022 – Was ist das schon im Vergleich zu unseren ganzen Kostentreibern.

Nein, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, wenn wir nun die sarkastische Brille abnehmen und die Realität betrachten, dann sind zwar all diese Vorhaben durch das Parlament beschlossen worden, wenngleich auch nicht immer einstimmig, aber die Investitionen, welche uns nun sprichwörtlich das finanzielle Genick zu brechen drohen, wurden uns doch durch den Magistrat vorgelegt, in dem wiederum die hauptamtlichen Stadträte federführend gewesen sein dürften. Die Kämmerin selbst verteidigte in ihrer Haushaltsrede ja sogar die Investitionen, da ja Zitat „wieder mehr gestaltet“ werden konnte.

Aber wir haben dem Magistrat einen Vertrauensvorschuss gegeben, was offenkundig ein Fehler war. Denn kurz darauf müssen wir Stadtverordnete dann aus dem Mund des Bürgermeisters hören, dass wir hier ein Wunschkonzert veranstalten würden. Das ist – bei allem gebührenden Respekt - einfach schlechter Stil. Es wird so getan, also ob dieses Haus ohne Blick auf die Finanzen Luftschlösser bauen und das Geld nur so verbrennen würde. Allerdings wurde uns suggeriert, die Haushaltslage würde diese Investitionen rechtfertigen. Es ist aber Aufgabe der Verwaltung, auch längerfristige Entwicklungen zu antizipieren. Das ist hier offensichtlich nicht geschehen und nun stiehlt man sich aus der Verantwortung.

In Zeiten, in denen viele Bürgerinnen und Bürger das Vertrauen in die politischen Akteure verlieren, sind solche Aussagen doch einfach Gift und völlig kontraproduktiv. Wie wollen wir denn eben dieses Vertrauen zurückgewinnen, wenn wir alle Vorurteile auch noch selbst bestätigen?

Der zweite Versuch von Kämmerin und Bürgermeister die Opposition mit in die Verantwortung zu nehmen ist aber gründlich gescheitert. Denn sowohl der organisatorische als auch der inhaltliche Ablauf der sogenannten Haushaltskommission war mehr als ernüchternd und letztendlich sehr fragwürdig in vielerlei Hinsicht. Dies liegt an vielen verschiedenen Punkten und schon allein die zeitliche Umsetzung lässt vermuten, dass entweder keinerlei Motivation für eine sinnvolle Organisation vorhanden war oder absichtlich so wenig Zeit als möglich für Bearbeitung und Beratung in den Oppositionsfraktionen gelassen wurde.

Nicht, dass wir als Opposition große Hoffnungen und Erwartungen gehabt hätten, aber was dann letztendlich in der Haushaltgruppe vorgestellt wurde, schlägt dem Fass den Boden aus:

- keine Vorschläge oder Ideen den Haushalt inhaltlich zu verbessern.
- Keine Wahlmöglichkeit unter verschiedenen Optionen, um Kosten zu sparen
- eine Änderungsliste, in welcher ideenlos lediglich Personalkosten für nicht besetzbare Stellen herausgerechnet, Investitionen gestreckt oder minimiert wurden

Die Haushaltsgruppe hatte dann die großzügige Möglichkeit Fragen zu dieser Änderungsliste zu stellen. Was eine Show...

Aber kommen wir zum eigentlichen Haushalt. Für uns stehen drei zentrale Ursachen für dieses Desaster im Vordergrund:

1) Zunehmend fehlende Handlungsunfähigkeit der Koalition:

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, sie sind vor nun beinahe 3 Jahren angetreten, um Rödermark „in seiner Vielfalt weiterzuentwickeln“. Keiner ihrer bisher knapp 20 Anträge war auch nur im Ansatz in der Lage, Rödermark weiterzuentwickeln. Sie sind in der Verantwortung, fangen sie bitte endlich an, aktive Politik zu machen, anstatt entweder Anträge der Opposition einfach zu übernehmen oder sich hinter Magistratsvorlagen zu verstecken. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten Antworten von ihnen, dafür sind sie angetreten! Gestalten Sie, überzeugen Sie uns mit Ideen, Konzepten oder Projekten. Aber wenn sie die nächsten Jahre weiterhin auf Sparflamme regieren, dann wird am Ende kein Feuer mehr übrig sein, das sie bei ihren Wählern entflammen könnten! Man kann von uns als Opposition schwerlich verlangen, bei unserer Heterogenität permanent gemeinsame politische Linien zu entwickeln. Das ist auch nicht unsere Aufgabe. Aber sie haben sich einen Koalitionsvertrag auferlegt, der angeblich gemeinsame Positionen beschreibt, wo bleiben die denn bitte? Auch von ihnen werden in diesen Zeiten Lösungen und Initiativen erwartet!

2) Die ausufernden Personalkosten

Der Personalaufwand in der Verwaltung steigt seit 2019 Jahr für Jahr kontinuierlich an. Im Jahr 2024 bezifferte sich der geplante Personalaufwand allein in der Verwaltung auf 139 Stellen. Noch 2014 waren es 102 Stellen, 2018 sogar nur 99. Es war also anscheinend möglich, in diesen Jahren Personal in der Verwaltung einzusparen, anstatt dies beständig aufzustocken. Es mag sein, dass der Aufgabenumfang der Kommunen zugenommen hat, aber neue Stellen können nicht immer die Antwort sein. Es erscheint beinahe reflexartig, dass neuen Aufgaben automatisch mit neuen Stellen bewältigt werden sollen. Neben der Tatsache, dass viele Stellen nur für

begrenzte Zeit wirklich benötigt werden, da sie oft projektgebunden sind, fehlt der Wille, Aufgaben mit digitalen Lösungen anzugehen und die Verwaltung damit zu entschlacken, das Bemühen, die Ressourcen der Verwaltung besser auszunutzen und Mechanismen effizienter zu gestalten. Die Bürokratie in Deutschland ist doch längst einem Selbsterhaltungstrieb verfallen, dem wir unbedingt auch in Rödermark endlich entschlossen entgegenzutreten sollten.

3) Die fehlenden Einnahmen

Tatsache ist, in den letzten Jahren konnten wir mehr oder weniger unbeschwert agieren und den Haushalt nach 2013 stückweise konsolidieren, weil sich die Stadt durch die hohen und teilweise unerwarteten Einnahmen aus der Gewerbesteuer ihren finanziellen Spielraum zurückerobert hat. So weit so gut. Aber während man 2018 noch mit Einnahmen in einer Höhe von 12,2 Millionen Euro kalkulierte, sollen diese 2025 schon stolze 19,8 Millionen Euro betragen. Das wäre gegenüber 2023 ein Plus von 3,8 Millionen Euro, also exakt die Summe, die zwischen 2018 und 2023 innerhalb von 5 Jahren zu Buche stand. Man muss also kein Mathematiker sein, um zu erkennen, dass hier eher der Blick in die Glaskugel als auf die nackten Zahlen geworfen wurde. Wenn man noch dazu einkalkuliert, dass das neu entstehende Gewerbegebiet „Kapellenstraße“ von einem bereits ortsansässigen und keinem zusätzlichen Unternehmen bebaut werden und der Neubau aber den Gewinn und damit auch die zu entrichtende Gewerbesteuer mindern wird, weiß man beim besten Willen nicht, woher diese Mehreinnahmen kommen sollen, zumal 2024 das BIP mit einem Plus von 0,2% nahezu stagnieren wird. Zudem wird der finanzielle Effekt eines neuen Gewerbegebiets am „Hainchesbuckel“ noch Jahre auf sich warten lassen. Es ist aus unserer Sicht also zwingend notwendig, neue Gewerbegebiete bereits jetzt

zu erschließen – vor allem wenn dazu bereits ein Beschluss von 2021 vorliegt. Stichwort Germania Nord. Man kann also schwerlich als Verwaltungsspitze die Stadtverordnetenversammlung dafür kritisieren, Beschlüsse mit finanziellen Auswirkungen zu treffen, aber gleichzeitig Beschlüsse, die perspektivisch die Einnahmen der Stadt positiv beeinflussen würden, einfach zu ignorieren. Das ist ein Wunschkonzert!

Der Haushalt 2024/2025 ist ein Offenbarungseid. Die Pro Kopf Verschuldung hat mit 1760,95€ in 2025 einen Rekordwert erreicht, die Liquiditätsreserve wird in kürzester Zeit aufgebraucht sein, die Generierung neuer Einnahmen ist auf lange Sicht nicht sichtbar und eine perspektivische Neuausrichtung der Finanzen ist nicht erkennbar. Die Debatte um das JUZ im letzten Jahr ist sinnbildlich: Noch vor einem Jahr war es anscheinend überhaupt kein Problem, einen ca. 4 Millionen Euro teuren Neubau zu finanzieren, dann hat man offenbar kalte Füße bekommen und mit der Sauna einen beliebten und soliden Betrieb über Nacht kaltgestellt, nur um dann ein paar Monate später wiederum eine Kehrtwende zu vollziehen. Soll das Finanzplanung sein? Ganz zu schweigen von den psychischen und finanziellen Schäden, die dieses HickHack bei den Pächtern verursacht hat.

Es bleiben noch so viele Fragen und Probleme offen, die diesen Haushaltsentwurf als eine wirkliche Farce enttarnen:

- Was passiert, wenn die Freien Träger nun doch bezahlt werden müssen?
- Weshalb bildet man die erhöhte Kreisumlage, die ja bezahlt werden MUSS, auch nicht gleich im Haushalt ab, sondern ruht sich auf einer Verordnung der Landesverwaltung aus und überlässt den entstehenden Scherbenhaufen der Zukunft? Frei nach dem Motto: Aus den Augen, aus dem Sinn. Das ist doch keine transparente Finanzpolitik.

- Viele aufgeschobene Investitionen, zum Beispiel in die Grundschulen, werden uns 2026 mit einem süffisanten Lächeln empfangen. Woher soll dann das Geld kommen? Man kann nur auf eine gute Fee hoffen, aber das hat ja scheinbar schonmal funktioniert.

Wir FWR werden diesen Haushalt mit voller Überzeugung ablehnen, weil er intransparent ist, eine Finanzsituation vorgaukelt, die jetzt schon nicht mehr aktuell ist und die wirklichen, tiefsitzenden Probleme nur auf 2026 verschiebt. Zudem erlaubt die Doppelhaushaltsstruktur keinerlei Handlungsspielraum in 2025, der einzige Effekt ist, dass im Bürgermeisterwahlkampf keine Haushaltsdebatte geführt werden muss.

Sie werden mit dieser Finanzlage eine Grundsteuererhöhung aber kaum mehr abwenden können, schon jetzt wäre ein Hebesatz von knapp 1500€ anzusetzen. Dann sagen sie das den Bürgerinnen und Bürgern aber auch ehrlich. Und zwar vor den Wahlen 2025 und 2026. Aber vielleicht erscheint ja doch noch die gute Fee, hoffen wir, dass es dann nicht zu spät ist.